

# Schuhmacher-Fachblatt

## Organ der deutschen Schuhmacher

Erscheine die Wahrheit,  
Dann kommst du zur Klarheit!

Gebot jeden Sonntag. — Abonnementpreis: pro Quartal durch die Expedition vor Kreuzband bezogen 1.10 M., bei der Post 95 Pf. Alle Postanstalten nehmen Bestellungen entgegen. Nach zu bestehen durch die Expedition in Gotha. Kreisabteilungen innerhalb Deutschlands und nach Österreich kosten 4 Exemplare à 1 M., 10 Pf. pro Quartal, 5 und mehr Exemplare 85 Pf. pro Quartal; nein der Schweiz und dem übrigen Ausland unter 4 Exemplare à 1 M., 30 Pf. pro Quartal, 4 und mehr Exemplare à 90 Pf. pro Quartal. — Das „Schuhmacher-Fachblatt“ steht in den Preisliste unter Nr. 6778 — Preise werden mit 25 Pf. die dreigehaltene Beilage über deren Raum berechnet. Bei dreimaliger Wiederholung steht 5 Prozent Rabatt, bei fünfmaliger 10 Prozent, bei gehäuftem 20 Prozent, bei zwanzigfachiger 33 1/3 Prozent und bei jährlicher Aufnahme 50 Prozent Rabatt.

Nr. 20.

Gotha, 13. Mai.

1909.

### Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Während der Osterwoche fand eine ganze Anzahl von Delegiertenversammlungen deutscher Gewerkschaftsverbände statt, deren Verhandlungen einen Einblick in den Stand und Fortgang der Entwicklung derselben gestatten.

Im neuen Berliner Gewerkschaftshaus, das am Oster-Sonnabend eröffnet wurde, tagte die Generalversammlung der Sattler. Anwesend waren 31 Delegierte aus 26 Wahlbezirken. Die Zahl der Verbandsmitglieder ist in den letzten zwei Jahren von 2193 auf 3116 gestiegen, die Zahl der Verwaltungsstellen von 57 auf 67. Die Einnahmen betragen 54.888 M., die Ausgaben 44.517 M. Arbeitseinstellungen dürfen nur stattfinden, so wurde beschlossen, wenn Vierfünftel der beteiligten Arbeiter sich in geheimer Abstimmung dafür erklärt haben. Bei den Angriffsstreiks müssen alle Beteiligten, bei den Abwehrstreiks die Mehrzahl derselben organisiert sein. Die Streitunterstützung wurde auf 10 M. pro Woche für Ledige, auf 12 M. für Berheiratete, auf 6 M. für Arbeiterrinnen und auf 1 M. Zufluss für jedes Kind festgesetzt. Ein Antrag auf Verabschaffung mit dem Verbande der Täpiserier wurde abgelehnt. Die kürzlich in der Urabstimmung mit geringer Mehrheit beschlossene Einführung der Arbeitslosenunterstützung wurde in Wiederermöglichung gezozen und schied mit 18 gegen 12 Stimmen abgelehnt. Mit 17 gegen 11 Stimmen wurde weiter beschlossen, durch den Verbandsvorstand eine nochmals Urabstimmung vornehmen zu lassen und für den Fall, daß sich für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung eine Mehrheit finden sollte, dieselbe dann mit dem 1. Januar 1902 beginnen zu lassen. Nach einem andern Beschlusse sollen verheiratete Mitglieder der Ortswechsel eine Umzugsumunterstützung bis zu 36 M. erhalten. Es soll ein Zentralarbeitsnachweis errichtet und lohnstatistische Erhebungen veranstaltet werden. Die Entsendung eines Delegierten zu dem internationalen Lederarbeiterkongreß in Paris wurde abgelehnt.

Die Generalversammlung der Holzarbeiter tagte in Altenburg. Der Verband vermehrte in den letzten beiden Jahren seine Mitgliederzahl von 42.576 auf 67.656, wovon 7200 weibliche; die Zahl der Wahlstellen stieg von 475 auf 542. Die Einnahmen betragen 1.113.959 M., die Ausgaben 984.912 M., der Vermögensbestand Ende 1899 282.310 M. Ein Vorstandsantrag, den Sitz der „Holzarbeiter-Zeitung“ an den Sitz des Vorstandes zu verlegen, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung wurde in namentlicher Abstimmung mit 47 gegen 19 Stimmen bei 14 Enthaltungen abgelehnt. Auch die beantragte Vornahme einer Urabstimmung wurde verworfen. Eine längere Resolution betreffend die Anstrengung der Tarifgemeinschaft bzw. korporativer Arbeitsverträge wurde nach einem Referat von Robert Schmidt-Berlin ohne Diskussion einstimmig angenommen. Mit 58 gegen 22 Stimmen wurde die Erhöhung des Wochenbeitrages von 20 auf 25 Pf. beschlossen, ferner die Erhöhung der Eintrittsgebühren von 40 auf 50 Pf. und die Zahlung eines Umzugsgeldes bis zu 30 M. Das Sterbegeld beträgt je nach der Dauer der Mitgliedschaft 25 bis 75 M. Wo sich die Notwendigkeit dafür ergibt, sollen besondere Gabeanteile angestellt werden. Als Vertreter des Holzarbeiterverbandes an dem internationalen Kongreß in Paris wurde Röske, der Redakteur der „Holzarbeiter-Zeitung“ gewählt.

Die Berg- und Hüttenarbeiter hielten ihren Verbandstag in Altenburg ab, zu dem 78 Delegierte erschienen waren. Erwähnenswert ist eine einstimmig angenommene Resolution, wonach die Reichsregierung erfuhr wird, den Import fremdsprachiger ausländischer Arbeiter in die Bergwerke zu verbieten, da die Unkenntnis der deutschen Sprache im Bergbau die Gefahren derselben wesentlich erhöht. Auch die Rechtslosigkeit der ausländischen Arbeiter gegenüber den Versicherungskassen (Knapphaushaltssachen) legt es nahe, im Interesse der Ausländer gegen sie weitere Einstellung zu protestieren. Sodann wurde die Forderung nach dem Erlass eines deutschen Reichsberggesetzes mit der Achtstundenschicht erneuert. Die Monatsbeiträge wurden auf 70 Pf. erhöht und das Sterbegeld auf 30 M. festgesetzt.

Die Textilarbeiter waren in Görlitz versammelt. Es hatten sich 83 Delegierte eingefunden. Der Verband hat in den letzten zwei Jahren seine Mitgliederzahl von 17.985 auf 42.000 erhöht. An den stattgefundenen 36 Streiks waren 12.180 Personen beteiligt, die Kosten betrugen 366.941 M. Erzielt wurden nemmerswerte Lohnhöhungen und der Bahnstundentag. Die Einnahmen betragen 291.452 M., die Ausgaben 282.257 M., wodurch der Ressortbestand 7594 M., wogegen 30.093 M. in den Ortsteilverwaltungen kommen. Den ausgeschriebenen 1400 Färberarbeitern in Elberfeld bewilligte die Generalversammlung einstimmig eine Summe von 8000 M. Der Wochenbeitrag wurde von 10 auf 20 Pf. erhöht. Die Übernahme des „Textilarbeiter“ durch den Verband wurde abgelehnt. Die Verbandsbeamten erhalten in Zukunft einen jährlichen Urlaub von 14 Tagen. Ferner wurde beschlossen, auf die Errichtung eines Minimallohnes hinzuwirken und von den Ortsteilverwaltungen eine Kranken- und Arbeitslosen-Statistik aufzustellen zu lassen. In die Generalversammlung schloß sich ein Kongreß, auf dem zur einstimmigen Annahme eine Resolution langte, in welcher der getroffene Bahnstundentag, an den Vorabenden von Sonn- und Feiertagen der Neunstundentag gefordert wird. Ferner wurde die Forderung nach Betriebswerkstätten für alle Heimarbeiter aufgestellt. An den Berlin stattfindenden internationalen Textilarbeiterkongreß werden 35 Delegierte entsendet werden.

Die in Berlin versammelten Buchbindern beauftragten ihren Verbandsvorstand u. a. auch damit, darauf hinzuwirken, daß in den Parteidruckereien, welche noch keine eigenen Buchbindereien haben, solche eingerichtet werden. Ferner erklärte man sich für Tarifvereinbarungen, die in Leipzig seit 1897 bestehen und sich gut bewährt haben. Ein Antrag auf Erhöhung der Wochenbeiträge von 35 auf 65 Pf. wurde abgelehnt, dagegen wurde der Ausbau der im Verbande bestehenden Arbeitslosenunterstützung in folgender Gestalt beschlossen. Es erhalten männliche Mitglieder:

52 "	"	"	0,75	"	40 "
156 "	"	"	1,20	"	60 "
260 "	"	"	1,50	"	90 "

wiebliche Mitglieder:

nach 52 wöchentl. Ratenzeit pro Tag 0,50 M. bis zu 20 M.	"	"	"	"	"
156 "	"	"	0,75	"	30 "
260 "	"	"	1,00	"	45 "

In Arbeitslosen-Unterstützung zahlte der Verband 1897: 14.284,86 M., 1898: 14.833,50 M., 1899: 13.656,85 M., in den drei Jahren zusammen also 42.775,31 M. Unterstützt wurden durch diese Summe 2207 männliche und 126 weibliche Mitglieder.

Auf die einzelnen Jahre verteilt ergibt sich, daß arbeitslos waren im Jahre:

1897 männliche Mitglieder 1002 = 20,8 Prozent	weiblich
1898 " 956 = 18,1 "	
1899 " 935 = 15,5 "	

1897 weibliche " 45 = 3,1 "	
-----------------------------	--

1898 " 44 = 3,1 "	
-------------------	--

1899 " 52 = 3,3 "	
-------------------	--

Ein jedes der arbeitslosen Mitglieder bezog im Durchschnitt im Jahr:

männlich	weiblich
1897 für 20 Tage 13,25 M. für 22,3 Tage 11,13 M.	

1898 " 23 " 14,36 " 16,8 "	8,37 "
----------------------------	--------

1899 " 20,3 " 13,43 " 16,6 "	8,30 "
------------------------------	--------

Bei Ortswechsel verheirateter Mitglieder wird ein Umzugbeitrag von 20 bis 40 M. gewährt je nach der Entfernung des neuen Wohnortes und der Dauer der Mitgliedschaft.

In Leipzig fand der Verbandstag der Lithographen und Berufsgenossen statt. 16 Delegierte vertreten 18 Städte. Die Mitgliederzahl beträgt gegen 700. Der Wochenbeitrag wurde von 20 auf 30 Pf. erhöht, ferner erfuhren die im Verbande bestehende Arbeitslosenunterstützung und die Umzugsschädigung Erhöhung. Der in Paris stattfindende internationale Lithographenkongreß wird durch einen Delegierten besucht.

Die in Gemeinbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten waren in Berlin versammelt. Die Zahl der Delegierten betrug 32. Die seit 1897 als Verbandsorgan erscheinende „Ge-

werkschaft“ zählt 4600 Exemplare Auflage. Der Verband hatte seit Oktober 1896 30.753 M. Einnahme und 22.265 M. Ausgabe. 1896 zählte er an 10 Orten 934 Mitglieder, 1899 an 32 Orten 3479 Mitglieder. Es wurden folgende Forderungen zur Verbesserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse aufgestellt: Neunstundentag, wöchentlicher Ruhetag, Einführung von Arbeiter-Ausruhen u. c.

Die Chemigraphen hielten in Leipzig ihren ersten Kongreß ab, auf dem sie folgende Forderungen aufstellten: Achtsstundentag, Bezahlung der Feiertage, Zusatz für Überstunden von 25 Prozent des gewöhnlichen Lohnes, für Sonntagsarbeit 50 Prozent. Es sollen lokale Arbeitsnachweise uao eine Zentralstelle in Leipzig geschaffen werden.

In Brandenburg tagten die Bergarbeiter. Die Mitgliederzahl des Verbandes betrug Ende 1897 1033 in 20 Filialen, 1899 1320 in 23 Filialen. Die Einnahmen betragen 14.479 M., die Ausgaben 13.694 M., der Ressortbestand 3656 M. Der Anschluß an den Holzarbeiterverband wurde mit 18 gegen 2 Stimmen abgelehnt. Die Wochenbeiträge wurden von 20 auf 25 Pf. für männliche und von 15 auf 20 Pf. für weibliche Mitglieder erhöht. Einstimmig sprach sich die Generalversammlung für die Anstrengung der Tarifgemeinschaft aus.

Zum Schlusse sei noch aus der neuesten Abrechnung des Schneider-Verbandes erwähnt, daß derselbe Ende 1899 in 220 Wahlstellen 13.224 Mitglieder, davon 639 weibliche zählte, gegen 11.778 im 3. Quartal, so daß im 4. Quartal ein Mitgliederzuwachs von 1446 erfolgte. Die Einnahmen betragen 83.646 M., die Ausgaben 11.733 M., der Vermögensbestand 74.663 M.

Aus allen Berichten geht hervor, daß die Gewerkschaften in erfreulicher Fortentwicklung begriffen sind und das Bestreben der Arbeiter auf der ganzen Linie energisch sich geltend macht, ihre wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse zu verbessern und so ihre ganze Lebenslage zu heben und auf der Stufenleiter unserer Kultur emporsteigen. Wer wollte da von uns zurückbleiben, wenn es so allenthalben sich regt und röhrt, wenn überall Leben und Bewegung ist und die Arbeiter förmlich wetteifern mit der vom langen Winter schlaf wiedererwachten Natur, mit dem alles verjüngenden und verschönenden Frühling, der nun wieder ins Land gejogen?

Die in jahrelanger mühevoller Arbeit ausgefreute Saat, wobei mancher wadere Kampf zum Opfer fiel, geht endlich auf, sie ist auf gutem Boden gefallen und trägt Früchte, die treulich behütet werden, um zu verhindern, daß sie von den lauernden Feinden wieder entzissen werden. Es geht vorwärts!

### Die Tuttlinger Bewegung.

Die Kollegenstadt hat aus der letzten Nummer des Fachblattes nur ungenügend Aufschluß über die Bewegung in Tuttlingen erhalten; ich will dasselbe heute nachholen. Daß ich ein Gegner des Streiks in Tuttlingen war, davon habe ich auf der Generalversammlung in Magdeburg kein Hehl gemacht, ebenso daß sich aber meine Ansicht von dem Augenblick an änderte, als die Auspeilung von den Fabrikanten beschlossen wurde.

Das Fachblatt hat dann auch seine Schuldigkeit in vollem Maße geladen.

Ich wurde nun schon von Anfang an erachtet, zu vermitteln, was ich jedoch deshalb ablehnte, weil zu Anfang eines Kampfes jeder Beruf, zwischen den Parteien Frieden zu stiften, fruchtlos ist. Das haben ja auch die mehrfachen Verhandlungen zur Genüge gezeigt. Die Aufforderungen zu vermitteln wurden jedoch immer dringender und ich entschloß mich endlich, dem Drängen nachzugeben.

Nach meiner Ankunft erkundigte ich mich eingehend über die ganzen Verhältnisse und schrieb darauf folgenden Brief an den Vorsitzenden des Fabrikantenvereins.

Tuttlingen, den 26. April 1900.

Sehr geehrte Herren! Im Namen und Auftrag des Vereins deutscher Schuhmacher erlaubt sich der höchstliebste Unterzeichnete anzufragen, ob Sie gewillt sind, mit mir in eine Unterhandlung zu treten, um die zwischen Ihnen und Ihren Arbeitern seit vielen Wochen schwedenden Differenzen zu begleiten.

Ich meine den Kampf ist an einem Punkte angelangt, wo das Friedensbedürfnis auf beiden Seiten vorherrschen ist.

Und wenn ich auch selber weiß, daß die streitenden Parteien noch wochenlang den Kampf bis zur Erschöpfung des einen oder andern Teiles oder beider Teile führen können, so halte ich

eben die Weiterführung im Interesse beider Teile für höchst schädlich und nachteilig. Ich halte es für möglich, daß bei gegenwärtiger Entwicklung, ohne die geringste Einbuße an Ehre und Achtung, Friede geschlossen werden kann.

Ich hoffe hierzu die Hand, denn wir wollen nicht die Verantwortung tragen, als hätten wir nicht das legitime Mittel versucht, einen unheilvollen Kampf zu beenden.

Ich habe das Gefühl, daß, wenn auch der heutige Versuch Frieden zu suchen fehlgeschlagen, der Kampf noch erheblicher gefährlich und später noch schwererer Frieden zu schaffen sein wird.

Die Opfer, welche der Kampf erfordert hat und eventuell noch erfordert würde, sind groß genug, um die Differenzpunkte aufzugleichen.

In der Erwartung eines geneigten Bescheides zeichnet mit vorzüglicher Gedachtnis:

Daraufhin fand nachmittags 2 Uhr eine Versammlung mit den Fabrikanten statt, welche drei Stunden dauerte.

Die Fabrikanten weigerten sich, irgend welche Zugeständnisse zu machen, während ich in einer allgemeinen, wenn auch für die besser gebildeten Arbeiter minimalen Lohnveränderung festhielt.

An gleicher Tage, abends um 8 Uhr, verhandelten die Fabrikanten mit Simon, Siebert und der Kommission im Beisein des Unternehmers.

An diesen Verhandlungen habe ich fast gar keinen Anteil genommen und einigte mich auf über die in vorher Nummer enthaltenen Bestimmungen. Als Mann von Ehre hielt ich es für meine Pflicht, die vereinbarten Bedingungen, gleichviel ob sie allen Wünschen der Kollegen entsprachen oder nicht, zu vertreten. Die Mehrheit der Versammlung stimmte diesen Vorschlägen in geheimer Abstimmung zu. Damit wäre eigentlich die Sache erledigt. Allein nadamen ich und Simon fort waren, fingen die unerwünschten Elemente, die sich natürlich keine Rechenschaft legen, ob und wie die Mittel für die weitere Fortsetzung des Kampfes aufgebracht werden, die auch keine Verantwortung gegenüber der Organisation haben, wenn der Kampf eventuell mit einer totalen Niederlage endet, an zu wählen. Diese Elemente fassten den Beschluss, den Streik fortzusetzen, mich des Vertrags zu bestreiten und ein Misstrauensvotum zu erklären. Das änderte mich nur gar nicht, was mich frappiert, ist der Mangel an Mut und Kollegialität der Kollegen Siebert und Schwab, welche die Sache kannten, dagegen zu protestieren und ihre Beschlüsse, die sie vor dem Gewerberat eingegangen, zu vertreten. Wobin soll das führen, wenn eben getroffene Abmachungen im nächsten Augenblick nicht gehalten werden.

Was haben dann Abmachungen überhaupt für einen Wert? Wird man bei späteren Verhandlungen den Vertretern noch Glauben schenken und sich auf Vereinbarungen einlassen? Hier müsste die Kommission und Siebert voran erklären, wenn ihr weiter freien wollt, so thut das, für uns ist die Sache erledigt, wir haben jetzt nur darauf zu achten, das die Vereinbarungen gehalten werden, gefolgt das von den Fabrikanten nicht, so ändert sich für uns die Situation.

Dann war es Pflicht, den Fabrikanten, welcher die Bestimmungen nicht einhielt, an den Pranger zu stellen und seine Werthalt zu sperrn. Das soll auch jetzt wieder. Wenn so verfahren wird, sind wir im Recht, der Fabrikant im Unrecht. Das ist bei einem Kampf nicht unbefriedigend, der Gegner ins Unrecht zu setzen. Ob Herr Siebel und sein Anhang mich des Vertrags bestreitet und mir sein Vertrauen oder Misstrauen erlässt, läßt mich sehr falt. Warum hat Herr Siebel nicht in der Versammlung seinen großen Mund aufgerissen, wo ich ihm Rede und Antwort stehen konnte? Das ist mehr als Feigheit.

Was ich in der Versammlung gesagt ist richtig: "Wir haben die Schlacht nicht gewonnen und nicht verloren." Der Vergleich war nach der ganzen Sachlage das Beste, was geschieben konnte, daß dies ein Teil der Leid jung in der Organisation. Schieden nicht einfekt und ein Teil der Leiter nur mit dem Herz, nicht aber mit dem Verstand bei der Sache sind, bedauere ich, kann es aber nicht anders. Mein Urteil warde ich nie dadurch beeinflussen lassen.

Wir scheint, daß die Leiter der Bewegung völlig den Kopf verloren haben. Ihr Vorschriften wird mir mitgeteilt, das alleinige Maßregelungen statthaben. Ich erkläre die Fabrikanten, die freude Arbeiter entnehmen, ehe sie die an der Bewegung Beteiligten einfassen, mit Räumen zu nennen, denn das ist offener Wortschluss und ehlos.

Meinen Kollegen empfehle ich mehr Ruhe und zähe Energie, diese beiden Eigenschaften führen sicher zum Erfolg als unüberlegtes, hastiges Handeln.

W. B. d.

aber die ganze Bewegung völlig verloren gewesen, dann hätte man an eine geordnete Beendigung des Kampfes und an die Errichtung eines auch nur teilweisen Erfolges nicht denken können. Wenn es ferner wahr ist, was man sich in Tüllingen erhält, daß Frauen und Kinder von Männern, die ihre regelmäßige Unterstützung aus der Kriegsflagge begegnen, insgeheim für die Schuhfabrikanten arbeiteten, so würde auch diese Handlungswweise ein Schlaglicht auf den Stand der Dinge in Tüllingen werfen.

Wenn wir oben von ungebildeten Menschen sprachen, so steht an unserer Seite die S. & W. b. d. C. & C. d. C. d., die in einer Korrespondenz aus Tüllingen dieselbe Meinung vertritt. Wir wollen aber für die Behauptung den Beweis erbringen und laden unsere Tüllinger Kollegen ein, mit uns einen Rückblick auf die jüngste Entwicklung der Schuhfabrikanten-Organisation in Tüllingen zu werfen und zwar nach den Angaben, die in den Quartalsabrechnungen des Vereins deutscher Schuhmacher enthalten waren. Darnach gab es dort Vereinsmitglieder:

	Gesamtzahl	Männl.	Weibl.
d. Mitgli.	Mitgl.	Mitgl.	
Im 4. Quartal 1898	215	203	12
" 1. " 1899	1081	913	188
" 2. " 1899	1072	908	164
" 3. " 1899	1048	898	155
" 4. " 1899	1265	1020	245

Heute sollen ca. 2000 Mitglieder vorhanden sein. Das würde bedeuten, daß seit Neutzeit über 700 Kollegen befreit. Geschlechts dem Verein deutscher Schuhmacher beigegeben seien. Alte Mitglieder haben wir nur die 215 von Ende 1898. Genügen wirklich einige wenige Wochen oder einige Monate, um in der Organisation aus vorher indifferent und unorganisiert gewesenen Arbeitern und Arbeitnehmerinnen vollkommen Kämpfer zu machen, Sachverständige und Kritiker in Fragen der wichtigsten wirtschaftlichen und sozialen Schießen? Die Belohnung dieser Frage wäre Demagogie.

Es wäre Pflicht der älteren und erfahreneren Mitglieder gewesen, dem Umverband einzugeetreten, statt ihm Konkurrenz zu machen, Aufklärung zu geben, statt ihm zugestimmen. Wäre der Sieg eingewonnen gewesen, dann hätte die Kollegen doch gewiß den Mediator dieses Blattes herbeizurufen brauchen; daß er aber aufgefordert wurde, nach Tüllingen zu kommen, in dieser Thatsache liegt der Beweis, daß die Sache ungünstig stand. Die Lage der Dinge aber völlig zu gunsten der Arbeiter zu verhindern, lag nicht in der Macht einer Person, heißt sie nun Bock, Siebert, Simon oder Schwab. Darum höre man auf, eine einzelne Person für den unbedingten Ausgang des Kampfes in Tüllingen verantwortlich zu machen.

Übrigens sind Hunderte von wirtschaftlichen Kämpfen schon in dieser Weise ausgegangen und weitere Hunderte des Gutachten werden dasselbe Schicksal erfahren — ohne daß ein persönlicher Einfluß zur Verfügung gestanden hat oder liegen wird.

Es ist unangemessen und bitter, nach einem wochenlangen Kampf alle Ausführungen machen zu müssen und wir hoffen, daß eine Wiederholung notwendig werden wird.

Dagegen treten wir nach wie vor mit aller Entschiedenheit für die Oder kapitalistischen Vorbrüche ein und appellieren an die Kollegen in ganz Deutschland, ihr Schicksal beizusteuern, um dieselben auch fernher ausbreitend unterstützen zu können.

#### Hoch die Solidarität!

### Aus unserm Beruf.

Neumünster. Der Streik dauert unverändert fort. Der Zugzug ist strengstens fernzuhalten.

Basel. In der Schuhfabrik und Schnellföhlerei Hilberg ist ein Streik ausgebrochen. Vor Zugzug wird gewarnt.

Der "Schuhmarkt" enthält einen Bericht, wohl das Vorstandes des Handelsvereins in Tüllingen, über das Ende des Streiks, welcher einige Verächtigungen bedarf. Nicht weil der Streik nicht bereitgestellt gewesen wäre, habe ich desto weniger nicht gebilligt, sondern über die Art, wie der selbe entstand, war ich nicht einverstanden.

Erinner habe ich in der Versammlung erklärt, daß es Orte gibt, wo noch niedrigere Löhne gezahlt werden wie in Tüllingen, womit verborgt, daß ich die Tüllinger Löhne nicht etwa als nicht ausforderungsfähig erachte. Das sind sie trotz allem.

Einen treffenden Beweis, wie günstig die Wöhne sind, will der Berichterstatter darin zeigen, daß die bei dem Streik Abgezeigten wieder nach Tüllingen kommen. Als ob da nicht Familien, Verbündetlosen und sonstige Beziehungen ausreichend wären. Den Thüringer Waldarbeiter zieht es unwillkürlich auf der Fremde in seine Berge zurück, trotzdem er weiß, daß daselbst Wohl und Lebensweise ähnlich sind.

Der Berichterstatter meint ferner, daß die Arbeiter nicht mehr erreicht, als was die Fabrikanten vor dem Streik freiwillig gewähr. Das ist falsch.

Die Arbeiter wurden ausgesperrt, weil sie überhaupt Forderungen stellten und gegen die Ausperrung waren die Arbeiter doch mächtig.

Nicht haben die Arbeiter allgemein, wenn auch nur kleine Zugeständnisse erlangt und die Fabrikanten die Erfahrung gewonnen, daß das Ausperrn doch nicht so leicht ist und auch länger wie 14 Tage dauern kann, eventuell sogar ein Vierteljahr; lange genug, um einen Betrieb zum Ruin zu bringen. Diese Lehre ist zwar teuer, aber immer nicht zu teuer bezahlt.

London. Hiermit mache ich den Schuhmätern und außer der Gemeinschaft die Mitteilung, daß sämtliche Schuhmäder der Gemeinschaft, West London seit 14 Tagen mit ihren Arbeitgebern in Unterhandlung stehen beabsichtigen, und erfüllen, den Zugzug nach hier fernzuhalten, so lange keine Einigung zwischen Arbeitern und Arbeitgebern stattgefunden. Die Gewerkschaften ziehen und uns Unannehmlichkeiten durch ihr Fernbleiben bis nach der Beendigung der Differenzen. Von letztem werden wir die Kollegen zur gegebenen Zeit in Kenntnis setzen und sollen uns dann die kommenden willkommen sein.

### Tarifgemeinschaft.

Der "Schuhmarkt" hat zur Information der Schuhfabrikanten die ausführlichen Berichte der Agitationsoffizie über die Verhandlungen der in Magdeburg stattgefundenen Generalversammlung des Vereins deutscher Schuhmäder nachgedruckt — unser Vereinsmitglied erhalten das Protokoll — und bereits der in das Programm neu aufgenommene Tarifgemeinschaft einen Leitartikel gewidmet. Natürlich ist es wieder „der Geist, der stets vermeint“, den der Artikel annimmt. An diese Negation, an diesen Nihilismus des Fabrikantenorgans gegenwärt allen Wünschen und Verlangen der organisierten Schuhmäder sind wir gewohnt, aber wir können dennoch nicht sagen, daß die fiktive Opposition und fiktive Verneinung heute darum weniger langweilig wäre, weil sie seit Jahren geübt wird. Zumindest haben wir uns mit dieser Fage der Dinge derzeit abgefunden, daß wir die konsequent ablehnende Haltung des "Schuhmarkts" einer mit denselben Geschäftsbüros betrachten, wie eine Falle, wenn wir Zeugen möchten — man kann sie von ihr eben nicht verlangen.

Der "Schuhmarkt" qualifiziert das aufgestellte Postulat der Tarifgemeinschaft als „Agitationstof“, findet es aber dann doch nötig, demselben einen längeren Leitartikel zu widmen. Warum das noch? Es genügt ja sonst der Arbeiterschwung gegenüber von Agitation, agitatorischer Thätigkeit ic. zu reden und dadurch die Sache zu diffundieren. Freilich importiert uns dies einfache und summarische Verfahren nicht, denn eine wohlgegrundete und

berechtigte Sache bleibt dennoch was sie ist, mag sie von den Gegnern noch so geringfügig beurteilt werden. Eine wohlgegrundete und baulich berechtigte Forderung ist auch die Tarifgemeinschaft, die insbesondere den wirtschaftlichen Vor teil bietet, daß sie den Interessen beider Parteien dienlich ist. Dies ist nicht bloß theoretisch der Fall, wie der "Schuhmarkt" wiederum geringfügig meint, sondern auch in der Praxis und nicht nur im deutschen Schuhindustrie, sondern auch in der Schuhindustrie, wie England beweist, wo seit langen Jahren zwischen den Fabrikanten und den Fabrikanten die Tarifgemeinschaft besteht, zum Nutzen uns zur Absicherung beider Teile und wo sie nächstens, da ihre Gültigkeitsdauer abläuft, voraussichtlich ohne Schwierigkeiten und ohne Kampf für eine Reihe von Jahren wieder erneut werden wird. Der "Schuhmarkt" untersagt diese ihm zweifellos bekannte Thatsache, worüber vor vor einigen Monaten eine Aritikel „Die Arbeiter und die Maschine in der Schuhfabrikation“ in den Ann. 3, 4, 5 und 7. B. veröffentlicht, offenbar zu dem Zwecke, die aufgestellte Forderung der Tarifgemeinschaft als die unbrauchbare Erfindung eines unpraktischen Kapuzen erscheinen zu lassen.

Wir stellen fest, daß die Magdeburger Generalversammlung in das Aktionsprogramm des Vereins deutscher Schuhmäder nur die grundsätzliche Forderung der Tarifgemeinschaft aufgenommen, Details für dieselbe aber nicht aufgestellt hat. Ob für die spätere Aufstellung derzeitige der deutschen Büdrüter über diejenige der englischen Schuhmäder als Vorbild benutzt werden wird, oder ob man von beiden völlig absehen und eigene Wege gehen will, das wird sich dann zeigen. Vorläufig sehen wir zur Belehrung des "Schuhmarkts" und der deutschen Schuhfabrikanten, die ebenso wie unsere Leser wie die ihres Verbandsorgans sind, die wichtigsten Punkte aus der Tarifgemeinschaft der englischen Schuhmäder, die Tarifgemeinschaft der Nationalen Union der Stiefel- und Schuharbeiter“ seinen Mitgliedern einander, folgenden Wortlaut haben:

1. Sein Arbeiter arbeite mehr als 54 Stunden wöchentlich;
2. Sein Arbeiter arbeite anders, als in der Werkstatt des Arbeitgebers;
3. Sein Tagelohnarbeiter, Zwicker oder Ausputzer, arbeite unter 30 Schilling (30 M.) wöchentlich;
4. Sein Tagelohnarbeiter auf gewaltsame oder geholtzte Arbeit arbeite unter 35 Schilling (35 M.) wöchentlich;
5. Sein Arbeiter auf Stückarbeit arbeite unter dem Tarif;
6. Sein Arbeiter unterliege sich unter irgend welcher Bedingung einer Lohnabrechnung.

Das ist nun keine Theorie, verehrter "Schuhmarkt", kein bloßer Agitationstof, keine Büdrüter-Vereinbarung, die auf die Schuhindustrie nicht anwendbar wäre, sondern das sind die wesentlichen Punkte der in der englischen Schuhindustrie seit Jahren wirklich betreibenden Tarifgemeinschaft. Ein weiter wesentlicher Punkt derselben betrifft die Errichtung des Schiedsgerichts, vor das alle zwischen den Arbeitern und Fabrikanten aus den Lohn- und Arbeitsverhältnissen entstehenden Differenzen gebracht werden müssen und das sich so gut bewährt, daß seit dem Jahre 1895 in England, also seit 5 Jahren, in seiner Schuhindustrie mehr, welche der Tarifgemeinschaft angehört, ein offener Konflikt, ein Streik vorkommt, wenigstens ist uns von einem solchen nichts bekannt.

Gegenüber dieser jahrelangen praktischen Erprobung und erfolgreichem Wirkens der Tarifgemeinschaft in der Schuhindustrie fallen alle Einwände des "Schuhmarkts" vor einer Übereinstimmung in Deutschland dahin, sie sind nur als die Verjurde zu betrachten, seine ablehnende Haltung einigermaßen gerechtfertigt erscheinen zu lassen. So redet der "Schuhmarkt" von einer Ungleichheit, die durch die Tarifgemeinschaft mit Lohnminimum geschaffen werden würde, als ob Minimallohn mit Normallohn gleichbedeutend wäre, während er in Wahrheit doch nur die untere Lohngrenze, unter die nicht herabgegangen werden darf, markiert; der selbstverständliche bestreite Bezahlung des bestreiten Arbeiters sieht das Lohnminimum so wenig in Wege, daß es die Zahlung eines Wochenlohnes von 100 M. für den täglichen Arbeitern nicht hindert. Einem Normallohn gleich kommt aber wirklich jeder bestehende Städtetarif, der für alle Arbeiter den gleichen Lohn für die gleiche Arbeit bietet, aber dennoch die dem "Schuhmarkt" offenbar als Ideal vorwiegende Gleichheit nicht zur Folge hat, da verschiedene Umstände auch hier wieder zu einer Differenzierung des gesamten Lages oder Bodenverdienstes, also zu einer „Ungleichheit in der sozialen Lage der Arbeiter“, wie der "Schuhmarkt" in einer heiteren Hinwendung von Arbeitervriendlichkeit meint. Wenn er sodann weiter darum will, daß die Büdrüter mit ihrem Tarif nicht zufrieden sind, weil der in demselben aufgestellte Minimallohn zum Maximallohn geworden ist, so haben wir nichts von solchen Klagen gehört, andererseits wissen wir, daß jeder bestreite Büdrüter mehr als das Minimum bekommt; Ausnahmen von dieser Regel mögen immerhin auch hier vorkommen, bei ausbeutungsbürtigen Unternehmen, denen überhaupt der Arbeitsschaden in jeder Höhe als eine unangenehme Ausgabe gilt.

Gegenüber den weitflächigen Ausführungen des "Schuhmarkts" über Beilohn oder Städtetarif sei nur wiederum auf England verwiesen, wo die Schuhfabrikanten bestreit sind, im ganzen Lande den Beilohn, Tage- oder Bodenlohn einzuführen. Durch diese Thatsache allein werden alle bezüglichen Gegenargumente des "Schuhmarkts" über den Haufen geworfen.

Der Grundgedanke des "Schuhmarkts" Artikels richtet sich einfach gegen das Abhören von Tarifverträgen überhaupt, womit das Fabrikantenorgans offen Thüren einreitet. Ein Städte Tarifgemeinschaft in Gestalt corporativer Arbeitsverträge besteht ja bereits in zahlreichen deutschen Schuhfabrikaten. Jede Vereinbarung, die zwischen den Betreibern der organisierten Arbeiter und der organisierten Unternehmer abgeschlossen wird, ist ein Städte Tarifgemeinschaft, ein corporativer Arbeitsvertrag, wobei es gar nicht darauf ankommt, auf wie viele Punkte des Arbeit- und Lohnverhältnisses derselbe sich erstreckt. Auszugsgebend für die grundsätzliche Auffassung und Beurteilung der Sache ist ihr Wesen, nicht ihr Umfang. Trotz des Opposition des "Schuhmarkts" und trotz ihrer unmachbaren Halskariere und Brüderlichkeit der Tüllinger Schuhfabrikanten haben sie doch schließlich ein Städte Tarifgemeinschaft mit den Arbeitern abgeschlossen müssen und so wird der Ausgang in Zukunft bei allen konfliktieren sein.

So bereitet sich, verehrter "Schuhmarkt", auch in der deutschen Schuhindustrie Schritt für Schritt der Boden vor für den ebliden Beilohn in einer nationalen Tarifgemeinschaft und es ist daher ihre Aufnahme in unser Aktionsprogramm keine bloße Agitationsarbeit, keine unpraktische Theorie, sondern ein eminentes Städte Tarifgemeinschaft mit der Arbeiterschwung abstimmen müssen und so wird die Unternehmer liegen.

### Zu den Beschlüssen der General-Versammlung.

Kollegen! Ich sehe mich genötigt, eine kurze Kritik an der Thätigkeit der letzten Generalversammlung zu üben, und erfülle die Kollegen allerorts hierzu Stellung zu nehmen. Es betrifft dies fürs erste die Zusammensetzung des Centralvorstandes und die Eröffnung. In unserer letzten Mitgliederversammlung erhob sich ob dieses Beschlusses ein Sturm der Entzückung, wie er in unseren Versammlungen noch nie dagewesen ist. Es ist gar nicht zu glauben, daß die Delegierten ihre Wohlthat, das Interesse der Mitglieder des Vereins wahrzunehmen gekonnt haben, sonst hätte ein herziger Beschluß nicht gefasst werden können. Die Mitglieder selbst werden wohl auf keinen Fall damit zufrieden sein. Sind doch die Geschäfte des Vereins zweihundert Jahre lang von zwei Beamten zur Zufriedenheit geleitet worden.

Es hatte auch noch niemand etwas dagegen einzuwenden, daß vor zwei Jahren die dritte Beamte angestellt wurde, da durch die Arbeitslosenunterstützung und die Krankenzuschüttung der Vorstand

einen Teil Arbeit mehr bekommen hätte. Doch jetzt, nach Verlauf von zwei Jahren, kommt man abermals und vermeidet den Vorstand um eine Person, da bleibt einem ja der Vorstand stehen. Werden doch die Geschäfte des Holzarbeiterverbandes, der eine Mitgliederzahl von 75 000 hat, von sechs Generalbeamten besorgt und wir sollen mit unsern 16 000 Mitgliedern vier Beamte nötig haben? Dann müssten im Verhältnis zu uns die Holzarbeiter mindestens 18 Generalbeamte haben. Die Kollegen hier am Orte können gar nicht begreifen, womit unser Vorstand seine Zeit ausfüllen soll. Einige meinten, es habe jedenfalls der vier Mann statt gesetzt, anders könnten sie es sich nicht erklären, denn jede Arbeit ist doch bei weiter nicht vorhanden. Das Schöpfen dabei ist noch die unverschämte Gehaltsverhöhung.

Bor vier Jahren noch, auf der Kassel Generalversammlung, lehnten die Kollegen Siebert und Reuß die ihnen angebotene Gehaltsverhöhung ab, da sie nicht verlangen könnten, daß es ein Gehalt von 30 M. pro Woche beziehen sollten, wo ihre Kollegen bei bedeutend langerer Arbeitszeit einen Lohn von 16 bis 12 M. bekämen. Während die Verwaltung lange Jahre hindurch für 240 M. besorgt worden ist, kostet sie jetzt 7200 M., also das Dreifache.

Es ist gar nicht anzunehmen, daß die Generalbeamten das Interesse des Vereins im Auge haben, sie wachten nur lediglich ihr eigenes Interesse, sonst könnten sie unmöglich von ihren, unter dennoch traurigen Verhältnissen lebenden Kollegen solche Gehälter verlangen, beträgt doch der Durchschnittsgehalt ihrer Kollegen kaum den dritten Teil eines Beamtengepaltes.

Die Generalbeamten sind doch auch nur gelernte Schuhmacher und keine Professoren. Eine unabdingliche Folge dieser Gehaltsverhöhung und Personalermehrung wird die Erhöhung der Beiträge sein und wird uns auf diese Weise die Agitation für den Verein immer mehr erschweren.

Den Beschluss, betreffend die Urabstimmung über die obligatorische Einführung der Arbeitslosenunterstützung, betrachten wir als reinen Hohn. Sind doch der freiwilligen Arbeitslosenunterstützung nur einige hundert Mitglieder beigetreten, was doch gewiß ein Zeichen, daß ein Interesse dafür überhaupt nicht vorhanden ist. Die Urabstimmung würde also nur eine Geldverschwendug sein. Des weiteren wurde noch in unserer Versammlung auf das Schrifturteil der Generalversammlung gebracht, wie z. B. die Aufhebung des Boykotts über die Firma Konrad Ladd u. So. Im bishergen Parteileben stand eine turige Notiz darüber, nur wissen wir noch nicht einmal genau, wie es sich damit verbürt.

Also ich ersuche nochmals die Kollegen allerorts, ihre Meinung über Vorstehendes zu äußern.

In Auftrag der Zahlstelle Kassel:  
Albert Schmidt.

## Soziale Rundschau.

Die Feier des 1. Mai ist vielfach durch ungünstige Witterung beeinträchtigt worden. Im allgemeinen aber blieb sie hinter dem Umfang und der Bedeutung des früheren Maifesten nicht zurück, welche Thatache beweist, daß der Maibegäte nicht nur den klassenbewußten Arbeitern gefeiert wird und daß die Sicherung des 1. Mai als allgemeiner Festtag der Arbeit für die Zukunft bestimmt zu erwarten ist. Leider haben die kapitalistischen Schuhmacher und Terroristen an verschiedenen Orten wie in früheren Jahren Maßregelungen vorgenommen, so daß eine Anzahl Holzarbeiter, Zellulardarleute, Bauarbeiter, former und Schneider u. s. m. in Berlin, Halle a. S., Potsdam, Leipzig und Gera ausgelöscht sind. In Weißenfels wurden auch in einigen Schuhfabriken die Arbeiter ausgelöscht, weil sie an der Maifeier teilgenommen haben. Es gibt keine Auskunft und keinen Unzug, woran nicht auch deutsche Schuhfabrikanten beteiligt waren.

Eine sozialpolitische Debatte gab es an zwei Tagen im Reichstag über verschiedene Arbeiterpositionen betreffend die Einführung des Abhängenstages in den Bergwerken und Güternbetrieben und die Einführung des Gehaltstages in den Textilfabriken; die sozialdemokratische Redner, namentlich Richard Frieder Berlin, traten mit gewohnter Energie und Gründlichkeit für die Schaffung eines kurzen gelegischen Normal- bzw. Maximalarbeitsstages ein, während die burgherlichen Abgeordneten die Positionen entweder offen bekämpften oder ihre ablehnende Haltung mit arbeiterfreundlichen Bräuchen verkleideten. Die Positionen wurden der Regierung als "Material" überwiesen – für den 1. Mai.

**Weibliche Fabrikarbeiter.** Vor Berlin und Charlottenburg ist Frauenei mit dem Sieg in Berlin als Gewerbeinspektions-Affinität angefeiert worden. Neben ihre Eignung zu dem Posten sagt die offizielle Presse, daß sie viele Jahren in Berliner Fabriken thätig gewesen sei. Als zweite Affinität mit dem Sieb in Gladbach in Frauenfeld 1. Mai erster Rang in Düsseldorf gewählt worden. In der Arbeiterinnenbewegung sind beide Damen bisher unbekannt gewesen.

**Das Berliner Gewerkschaftshaus,** ein schöner vierstöckiger, am Engel-Ufer gelegener Neubau, dessen Errichtung circa eine Million Mark kostete, ist am 14. April gleichzeitig mit der Pariser Weltausstellung eröffnet worden.

17 Arbeitserkretariate bestehen zur Zeit in Deutschland, die alle seit in den letzten Jahren von der organisierten Arbeiterschaft geschaffen wurden, da das erste, dasjenige in Nürnberg, im Jahre 1894 errichtet worden ist. Es haben nunmehr folgende drei Arbeitserkretariate: Altona, Altona, Bremen, Bremen, Braunschweig, Darmstadt, Frankfurt a. M., Halle a. S., Hannover, Hildesheim, Jena, Mainz, München, Nürnberg, Posen, Stuttgart, Waldenburg.

**Staatliche Reiseunterstützung für den Besuch der Pariser Weltausstellung** ist von verschiedenen deutschen Staaten beschlossen worden, so auch von Preußen. Es sollen besonders tüchtige und fähige gewerbliche Arbeiter, Handwerker und Landarbeiter unterstützt werden. Wir empfehlen unseren Kollegen, sich auf erfolglose Ausschreibung der Bedingungen hin, ebenfalls um die Erlangung von Reiseunterstützungen zu bewerben.

Eine vernünftige Entscheidung hat das Reichsgericht gefällt, indem es erkannt hat, daß die einfache Verhängung des Bottott'schen strafrechtlichen rechtswidrigen Handlung sei. Sie stellt sich nicht als Verurteilung im Sinne des § 153 der Reichsverordnung dar und verpflichtet daher nicht zum Erfolg des eigentlich entstandenen Schadens. Diese Entscheidung ist eigentlich selbstverständlich, aber die deutliche Rechtsprechung hat es ja so weit gebracht, daß wo irgend Zweck des öffentlichen Interesses in Betracht kommen, jede nicht vom Geiste der Reaktion getragene Gerichtsentscheidung besonders hergehoben werden muß.

**Internationaler Arbeiterkongreß in Paris.** Das Organisationskomitee in Paris veröffentlicht folgende vorläufige Tagesordnung: 1. Ausführung der Beschlüsse des Kongresses, Untersuchung und Anwendung der praktischen Mittel zur internationalen Verständigung, Organisation und Aktion der Arbeiter und Sozialisten. 2. Internationale Arbeitergefegebung zur Bekämpfung des Arbeitsstages. Diskussion über die Möglichkeit eines Minimallohnes in den verschiedenen Ländern. 3. Die zur Befreiung der Arbeit notwendigen Bedingungen: a) Konstituierung und Aktion des als Klassenpartei organisierten Proletariats; b) politische und ökonomische Expropriation der Bourgeoisie; c) Vergesellschaftung der Produktionsmittel. 4. Internationale Friede, Militarismus, Abschaffung der lebenden Heere; d) Kolonialpolitik. 6. Organisation der Seefahrt; 7. Der Kampf um das allgemeine Stimmrecht und die direkte Gefegebung durch das Volk. 8. Gemeinde-Sozialisierung. 9. Die Erroberung der öffentlichen Gewalten und die Bündnisse mit bürgerlichen Parteien. 10. Der erste Mai. 11. Die Trutts.

Ein internationaler Arbeiterschulgongreß wird unter den Auspizien des französischen Handelsministeriums vom 25. bis 18. Juli d. J. in Paris tagen. Der Kongreß schließt sich an die bisherigen Arbeiterschulgongresse von Paris und von Brüssel an, und wie jene Kongresse, soll er allen Parteien offen stehen.

## Mitteilungen.

**Berlin.** (Bericht über die Maifeier.) Die diesjährige Maifeier der Schuhmacher Berlins ist in äußerst impoanter Weise verlaufen. Mit sehr wenigen Ausnahmen ruhten an diesem Tage fast sämtliche Betriebe. Bereits des Morgens um 9 Uhr herrschte in den Betriebshallen ein reges Leben. Hier sammelten sich die Kollegen und Kolleginnen der einzelnen Fabriken, um sodann gruppenweise nach dem Berufsmittlungstage zu ziehen. Der geräumige Saal des Schweizergartens füllte sich unverzüglich und wurde, trotzdem alle überflüssigen Tische herausbefordert wurden, bald poligisch abgesetzt, sodass viele Besucher im Garten bleiben mussten. Die Zahl der gesamten Teilnehmer betrug gegen 1500 Personen. Genosse Martwaldt hielt einen der Bedeutung des Tages entsprechenden Vortrag, welcher mehrmals durch begeisterten Beifall unterbrochen wurde. Einige summungsvolle Redner, vorgetragen von Gelangverein der Schuhmacher, erhöhten den Feiercharakter der Versammlung, welche mit einem brausenden Hoch auf die internationale revolutionäre Arbeiterbewegung ihren Abschluss fand. Unter dem gemeinsamen Gefange "Wer schafft das Gold zu Tage" leerte sich langsam der Saal und zog nun der größte Teil der Versammelten in einem fröhlichen Zuge nach Stralau, wo der Rest des Tages in zwanglosem Zusammensein verbracht wurde. Kein Wison störte das in würdiger Weise verlaufene Fest der Arbeit. Maßregelungen haben anlässlich der Maifeier nicht stattgefunden.

**Bonn.** In der am Montag, den 23. April abgehaltenen Mitgliederversammlung wurden äußerst betrübliche Thatsachen konstatiert. Im Herbst vorjähriges Jahres war es gelungen, einen ziemlich einheitlichen Lohntarif zu erlangen und schien es, als ob die Einigkeit der Kollegen eine dauernde sei. Leider hat die Einigkeit nicht lange angehalten. Trotzdem allen Kollegen die im vorigen Herbst erfolgte Lohnverhöhung sehr willkommen war, haben es doch Verschiedene vorgezogen, der Organisation wieder den Rücken zu kehren, darunter sogar der Vorsteher der Lohnkommission. Angefischt dieser Verworrenheit wurde von der befreilichen Lohnbewegung Abstand genommen. Wir erfuhrn die organisierten Kollegen, daß durch solche Waschlappigkeiten nicht irrt machen zu lassen, sondern immer die Organisation zu fordern und an dem Erungenen fest zu halten. Nachdem veröffentlichlich wie die ausgedroßelten Kollegen: Josef Reinwig, geboren am 25. November 1872 zu Neukirch i. S. neue Buchnummer 12869; Robert Grub, geb. am 7. Juni 1878 zu Gr. Krauschen, neue Buchnummer 12880; Blasius Jordan, geb. am 3. Februar 1880 zu Ratibor.

**König.** Am Montag, den 30. April, traten die bishergen Schuharbeiter in den Außenland, weil die Verhandlungen mit den Meistern kein befriedigendes Resultat ergaben. Die freie Vereinigung selbständiger Schuhmacher hat zwar unsere Forderungen genehmigt, doch kam dies nur wenigen Kollegen zu gute. Die freie Junning hat unsere Forderungen zuerst einstimmig abgelehnt, später aber, wahrscheinlich um die Sache in die Länge zu ziehen, sie leicht erklärt, eine fünfzehnige Kommission zu wählen, welche mit einer gleichartigen Kommission der Gesellen verhandeln sollte. In dieser Sitzung erklärten die Meister, auf dem Tarif 1893 bestehen zu müssen, doch seien sie bereit, die Verhandlungen auf Errichtung von Betriebsverhältnissen zu unterliegen. Damit waren wir Gesellen nicht befriedigt. Eine nochmalige Generalversammlung der Junning erklärte sich bereit, für die erste Lohnflaße 50 Pf. pro Paar zu bewilligen. Die Berücksicht junger Kommission, auch in den anderen Räumen mehr zu erreichen, besonders eine höhere Bezahlung der Gesellenarbeiter und Mitarbeiter, sowie die Abhängung von Kapital und Logis beim Meister, schickten an dem Eigentum der Junningsmeister. Eine am Montag morgen tagende, von 200 Kollegen besuchte Versammlung nahm den Bericht der Kommission entgegen und beschloß einstimmig, die Arbeit niederrückt. Am Ende der ersten Woche haben 30 Meister, welche 77 Gesellen beschäftigen, den Lohntarif durch Unterschrift bewilligt. 47 Kollegen sind abgetreten. Im Streit befinden sich noch 87 Kollegen, die, meistens bei Großmeistern beschäftigt, sitzen voran Widerstand, denn bis jetzt hat er ein Großmeister mit 15 Gesellen die Forderungen bewilligt, doch hoffen wir, in den nächsten acht Wochen vielleicht vierzig Lagen unter Ziel zu erreichen. Zug ist fern zu halten. Es wird vermutet, daß ein Herr Weis aus Breslau, seit längerer Zeit hier Geschäftsführer, berichtet, die Arbeit in Breslau fertigstellen zu lassen. Darum Breslauer Kollegen aufgepaßt.

**Neumünster.** Sehr oft ist schon die Gültigkeitsfrist der Kollegen an dieser Stelle geräumt worden, wenn man aber von den einzelnen Fabrikstätten verlangt, sollte man wohl von dem Hauptvorstand in erster Linie verlangen können, daß der selbe aus dem Posten ist. Am 2. März schrieb uns der Kollege Reuß, daß unsere Lohnbewegung auf Grundlage des Streitreglements genehmigt sei und es wäre nur zu wünschen, daß sich mehr die Schuharbeiter aufrufen, um ihre Lage zu verbessern. Dieser Wunsch scheint aber nicht von Herzen gekommen zu sein, sonst müßte man ausständigen Kollegen besser zur Seite stehen, als der Vorstand es uns gegenüber thut; man müßte dem Verhalten des Vorstands gegenüber annehmen, daß die Schuharbeiter als das fünfte Rad am Wagen innerhalb unseres Vereins angesehen werden. Da es nicht möglich war, eine Einigung auf gültigem Wege mit den Arbeitgebern herbeizuführen, mußten wir am 8. April in den Außenland treten. Der Vorstand wurde während des Außenlandes in derselben Weise von allem unterschicket, wie vor dem Außenland, aber irgend einen Bescheid oder Geld gab es nicht. Am 19. April ging eine Karte des Inhalts ein, daß wegen der Generalversammlung niemand im Bureau sei, daß Dienstag würden wir Bescheid erhalten, bis dahin sollten wir nur den Kopf hoch halten und nicht verargen. Nach verschieden Schreiben sind nach Nürnberg gegangen, das aber die Verhandlung ist noch nicht eingelaufen. In einer ähnlichen Weise wie der Vorstand behandelt uns der Kollege Schauburg, Vorsteher der Agitationskommission. Durch eine Postkarte berichtete derselbe, daß er am Montag, den 30. April, erscheinen werde, um zu vermitteln. Ob es angerichtet ist, darum wird nicht gesagt, einfach ist kommt. Und er kam denn auch morgens 10 Uhr, abends 6 Uhr mußte er wieder fort, er hatte noch Bericht zu erläutern. Bis 12 Uhr mittags wurde der Lohntarif beraten, dann ging's im rasanten Lauf von Meister zu Meister, um den Aufschub abzuholen. Wie mögen sich unsere Arbeitergebe aufzufinden geladen haben, als Schauburg liberal befriedigt von damals zog; hatten sie ihm doch verprochen, den Kollegen Zugeständnisse zu machen und auch die Streitstellen wieder einzutreffen. Das aber bei einem Junningsmeister verstreichen und halten zweierlei ist, darum hat Schauburg wahrscheinlich nicht gehabt. Man hatte Schauburg vertraut, eine gemeinschaftliche Versammlung abzuhalten, aber die Meister hielten die Versammlung für sich hinter verschlossener Thüre ab und forderten hier einen Lohntarif zu Tage, der noch schlechter ist, als der zuerst von der Junning ausgearbeitete. Von den Streitstellen wurden zwei Kollegen eingefangen und zwar dieselben, die im Beisein von Schauburg mit den Meistern verhandelten. Dadurch glaubten wohl letztere, den Streit zu beenden; aber unsere Kollegen erklärten sich mit dem nicht zufrieden und legten, nachdem sie einen Tag gearbeitet hatten, die Arbeit wieder nieder. Jetzt verläuft man Arbeitswillige wie sie und aus Elschorndorf herausziehen, aber ohne Erfolg. An den Kollegen Schauburg ist von den Meistern eine Beschwerde gerichtet worden über die

Unbotmäßigkeit der Schuhmacher, Sch. solle Arbeiter aus Hamburg senden, hatte man ihm doch schon 30 M. für gute Arbeitskräfte verprochen und Schauburg gibt die Entgegnung, wie uns ein Schreiben zeigt. Ein seine Kollegen aber reichte er einen Brief, defen sich kein Interesse zu jüdischen draucht. Sch. sieht den Unternehmen mehr zu trauen als seinen eigenen Kollegen. Eine solche Handlungswise, wie sie vom Vorsteher der Agitation-Kommission und dem Vorstand gezeigt wird, kann der Organisation nicht von Vorteil sein, dadurch werden zahlreiche Arbeiten mit einem Schlag zu schanden gemacht.

## Das Streik-Komitee.

J. A. W. Gräfin.

**Wieso.** Mit dem 1. April ist das Gewerkschaftsbureau nach Grüntal, 7, am Bernhardinerplatz, verlegt worden und zu einem Arbeitserkretariat eingerichtet. Da schon früher der Vorsteher des Gewerkschaftsrates Kunst in allen sozialen und gewerblichen Fragestagen ertheilt und nötigenfalls die erforderlichen Schriftliche ansetzte, daß die Vereinigung nicht allzu große Schwierigkeiten gemacht. Unsere Mitglieder beobachten in diesem Bureau ihre Beiträge, da sich immer noch kein Betriebshof gefunden hat. Dadurch, daß man beim Bureau ein Referat einrichtete, in welchem alle gewerblich-rechtlichen Beiträge ausliegen, die von den meisten Verbänden in bereitwilliger Weise zur Verfügung gestellt werden, ist das Kärtellbureau ein Lieblingsaufenthalt der Bozener Arbeiterchaft geworden. Hier leben alle Freuden der Bewegung zusammen und von hier aus ist denn auch die Agitation für die ganze Provinz Bozen ausgegangen, die überausnde Resultate gezeigt hat. Es wäre ja nur zu wünschen, daß die Einrichtung einen dauernden Bestand erhält, denn die Arbeitgeberförderung Bozens hat eingesetzt, daß durch die gemeinsame Thatigkeit beider in Betracht kommender Nationalitäten wirkliche Vorteile für sie dabei herauskommen. Die organisierte Arbeiterschaft Bozen zählt jetzt über 1000 Mitglieder, während es bis vor zwei Jahren noch nicht 200 waren. Ein Beweis ist in diesem Jahre die zehnjährige Arbeitsszeit ohne Streit errungen worden, welche mit dem 9. April zur Einführung gelangte. Die Herausgabe einer politischen Gewerkschaftszeitung, ähnlich dem "L'Operario Italiano", wird nun immer mehr bedürfnis, denn ein großer Teil der bishen Arbeiter verfügt sehr schlecht die deutsche Sprache und viele verstehen dieselbe überhaupt nicht. Im vorjährigen Jahre hat sich bereits die General-Kommision mit dieser Frage beschäftigt, mußte aber wegen Mangel an finanziellen Mitteln von der Herausgabe absehen. Für die Schuhmacher läuft am heutigen Tage die 10. Ausgabe aus. Wenn vertriebene Verbände die Sache in die Hand nehmen, so würde auf die einzelnen der daran beteiligten Berufe der Beitrag nicht zu groß werden. Hier sind jetzt gegen 700 politisch sprechende Arbeiter organisiert, die alle schriftlich auf das Erzielen eines Gewerkschaftsabschlusses in ihrer Mutterbrüder warten. Die Agitation in der Provinz, überhaupt in polnischen Landstädten wird bedeutend vereinfacht und mehr Erfolge aufzuweisen haben, wie es jetzt eben möglich ist.

**Großingen.** In der Schuhfabrik von Palmag sind in letzter Zeit recht beachtenswerte Fälle vorgekommen. So wurde der Vorsteher dieser Firma wegen unzähliger Angriffe gegen eine Arbeiterin verhaftet, später aber aus unbekannten Gründen wieder auf freien Fuß gesetzt. Der Wirkungsmeister dagegen hat in den Werkstätten ausgeschlossen, daß er die Arbeiter gehörig schläuchen werde, was er auch bei bereitstehenden bereits verübt hat. Hauptstücklich läßt er die Zwicker stundenlang auf Arbeit warten, damit sie nicht genügend verdienen. Ein verheirateter Zwicker, welcher von dem Zwickermeister Arbeit verlangte, wurde mit den Worten abgewiesen, daß ich habe ja keinen Rausch. Solch Meister werden von den Fabrikanten für nützlich befunden, aber Arbeiter, welche es reell meinen, werden dagegenwörtern, hauptsächlich diejenigen Arbeiter, welche sich um die Organisation kümmern.

**Stettin.** In der am 29. April stattgefundenen Versammlung wurde der Streit der bishergen Schuharbeiter für beendet erklärt. So wurde der Vorsteher dieser Firma wegen unzähliger Angriffe gegen eine Arbeiterin verhaftet, später aber aus unbekannten Gründen wieder auf freien Fuß gesetzt. Der Wirkungsmeister dagegen hat in den Werkstätten ausgeschlossen, daß er die Arbeiter gehörig schläuchen werde, was er auch bei bereitstehenden bereits verübt hat. Hauptstücklich läßt er die Zwicker stundenlang auf Arbeit warten, damit sie nicht genügend verdienen. Ein verheirateter Zwicker, welcher von dem Zwickermeister Arbeit verlangte, wurde mit den Worten abgewiesen, daß ich habe ja keinen Rausch. Solch Meister werden von den Fabrikanten für nützlich befunden, aber Arbeiter, welche es reell meinen, werden dagegenwörtern, hauptsächlich diejenigen Arbeiter, welche sich um die Organisation kümmern.

**Stettin.** In der am 29. April stattgefundenen Versammlung wurde der Streit der bishergen Schuharbeiter für beendet erklärt. So wurde der Vorsteher dieser Firma wegen unzähliger Angriffe gegen eine Arbeiterin verhaftet, später aber aus unbekannten Gründen wieder auf freien Fuß gesetzt. Der Wirkungsmeister dagegen hat in den Werkstätten ausgeschlossen, daß er die Arbeiter gehörig schläuchen werde, was er auch bei bereitstehenden bereits verübt hat. Hauptstücklich läßt er die Zwicker stundenlang auf Arbeit warten, damit sie nicht genügend verdienen. Ein verheirateter Zwicker, welcher von dem Zwickermeister Arbeit verlangte, wurde mit den Worten abgewiesen, daß ich habe ja keinen Rausch. Solch Meister werden von den Fabrikanten für nützlich befunden, aber Arbeiter, welche es reell meinen, werden dagegenwörtern, hauptsächlich diejenigen Arbeiter, welche sich um die Organisation kümmern.

**Stettin.** In der am 29. April stattgefundenen Versammlung wurde der Streit der bishergen Schuharbeiter für beendet erklärt. So wurde der Vorsteher dieser Firma wegen unzähliger Angriffe gegen eine Arbeiterin verhaftet, später aber aus unbekannten Gründen wieder auf freien Fuß gesetzt. Der Wirkungsmeister dagegen hat in den Werkstätten ausgeschlossen, daß er die Arbeiter gehörig schläuchen werde, was er auch bei bereitstehenden bereits verübt hat. Hauptstücklich läßt er die Zwicker stundenlang auf Arbeit warten, damit sie nicht genügend verdienen. Ein verheirateter Zwicker, welcher von dem Zwickermeister Arbeit verlangte, wurde mit den Worten abgewiesen, daß ich habe ja keinen Rausch. Solch Meister werden von den Fabrikanten für nützlich befunden, aber Arbeiter, welche es reell meinen, werden dagegenwörtern, hauptsächlich diejenigen Arbeiter, welche sich um die Organisation kümmern.

**Stettin.** Zur Generalversammlung der Central-Kranken- und Sterbehälfte empfehlen die Breslauer Mitglieder als Delegierte für die 2. Wahlabteilung die Kollegen A. Noack-Berlin und C. Wagner-Breslau. Wir eruchen die zur 2. Wahlabteilung gehörigen Bishälfte, ihre Stimmen nur auf diese beiden Kandidaten zu verteilen.

**Döbeln.** Als Kandidat zur Generalversammlung der Central-Kranken- und Sterbehälfte wurde Kollege W. Tiefenreiter als Kandidat zur 14. Wahlkreis aufgestellt. Wir eruchen die betreffenden Filialen, demselben ihre Stimmen geben zu wollen.

**Rößwitz.** Die bishergen Bishälfte schlägt als Kandidaten zur Generalversammlung der Central-Kranken- und Sterbehälfte den Bishälfte W. Grießel vor und werden die Bishälfte am 2. Wahlkreis aufstellen. Wir eruchen die betreffenden Filialen, demselben ihre Stimmen zu geben.

**Stuttgart.** Zur Generalversammlung der Central-Kranken- und Sterbehälfte wurde Kollege W. Tiefenreiter als Kandidat zur 14. Wahlkreis aufgestellt. Wir eruchen die betreffenden Filialen, demselben ihre Stimmen auf denselben zu vereinigen.

